

Gunter Frank
Martina Binnig
Kay Klapproth

DER STAATS- VERFAHREN

Corona als
Vorbote des
Totalitären: Wie
Deutschland
aufgelöst wird



Nichts setzt sich dem Vorwurf der
Übertreibung mehr aus als die
Schilderung der nackten Wahrheit.

Joseph Conrad

Mehr über unsere Publikationen und Autoren:

www.achgut.com

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung ist ohne die Zustimmung des Verlags unzulässig.
Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen,
Mikroverfilmungen, die Speicherung und Verarbeitung auf elektronischen
Systemen und die Publikation auf Online-Medien.



Achgut Edition / Verlag der Achgut Media GmbH

Buch: ISBN 978-3-911941-00-6 / 1. Auflage, Augsburg 2025

E-Book: ISBN 978-3-911941-01-3 / 1. Auflage, Augsburg 2025

Achgut Media GmbH / Ulmer Str. 160 / 86156 Augsburg

Produktsicherheit: media@achgut.com

Gestaltung und Satz: usus.kommunikation, Berlin

Druck und Bindung: Florjancic Tisk d.o.o, Maribor

Inhalt

Einleitung

| | |
|--|---|
| Warum ein drittes Buch zur Corona-Krise? | 8 |
|--|---|

Teil 1

| | |
|---|----|
| Leitfaden für einen Untersuchungsausschuss | II |
|---|----|

Neun Fragen zur Faktenlage

| | |
|--|----|
| 1. Gab es eine außergewöhnliche Gefährdungslage durch die Corona-Pandemie? | 12 |
| 2. Auf welcher wissenschaftlichen Grundlage wurden die Corona-Schutzmaßnahmen beschlossen? | 15 |
| 3. Welche Rolle spielte Drostens PCR-Test in der Corona-Krise? | 18 |
| 4. Hat SARS-CoV-2 außergewöhnliche Schäden angerichtet? | 20 |
| 5. Welche Schäden wurden durch die Schutzmaßnahmen verhindert? | 24 |
| 6. Welche Schäden haben die Schutzmaßnahmen angerichtet – und war das vorhersehbar? | 25 |
| 7. Wurden Menschen durch die neuartigen COVID-Genimpfungen geschützt? | 27 |
| 8. War die einrichtungsbezogene Impfpflicht gerechtfertigt? | 31 |
| 9. Wurden Menschen durch die neuartige COVID-Genimpfung geschädigt? Und wenn ja: In welchem Ausmaß? War das erwartbar? | 33 |

Neun Fragen zu den Hintergründen

1. Wieso wurden die internen Erkenntnisse des Robert Koch-Institutes der Öffentlichkeit verschwiegen und stattdessen die Bevölkerung falsch und irreführend informiert? 40
2. Woher kam SARS-CoV-2? 43
3. Was sind die Hintergründe der COVID-Impfkampagne? 47
4. Gab es eine Beeinflussung der Medien durch die Regierung? 56
5. Wie ist die Funktionsfähigkeit der öffentlichen Einrichtungen, Universitäten und Ämter während der Corona-Krise zu bewerten? 58
6. Welche Kritiker wurden ausgegrenzt und verfolgt? 61
7. Wie sind 2G, Lockdowns, Schulschließungen und der Umgang mit Kritikern und Nichtgeimpften aus ethischer Sicht zu bewerten? 63
8. Wie liefen die Entscheidungsprozesse in den Ministerien und Behörden ab? Gab es Amtsversagen? Gab es Vorteilsnahme? Gab es strafrechtlich relevantes Verhalten? 67
9. Handelte die Justiz unabhängig von der Regierung? 75
- Fazit: Akute Wiederholungsgefahr – warum ein Corona-Untersuchungsausschuss unumgänglich ist. 79

Teil 2

Die große Gehirnwäsche

- Das Erfolgsmodell des Westens bröckelt 81
- Künstliche Märkte – die Zerstörung der Marktwirtschaft durch Finanzmonopole 87
- Unfreie Gesellschaftssysteme 102
- Der westliche Neo-Marxismus und die Abschaffung der Wirklichkeit 107
- Die neue Allianz: Der Sozialismus der Milliardäre 140
- Fazit: Corona war erst der Anfang. 146

Teil 3

„Öffentlich-private Partnerschaften“:

Der neue Totalitarismus

- Corona als Blaupause für künftige „Krisen“ 148
- Profiteure und Player 154
- Verträge – der Irrsinn wird zementiert 168
- Kontrolle und Zensur – wenn es morgens klingelt ... 179
- Digitale Gefängnisse 193
- Fazit: Die neue Weltregierung steht in den Startlöchern 203

Schluss

Der Staatsverrat

- Stehen wir vor einem Bürgerkrieg? 205
- Rettung aus Übersee? 209
- Deutschland wird nicht am Hindukusch verteidigt 212
- Wer ist der Souverän? 213
- Der Weg zurück zur Wirklichkeit führt über die Corona-Aufarbeitung 217

Quellen und Anmerkungen

218

Quellen

Viele Quellen zu diesem Buch sind offen im Internet aufrufbar, wenn die entsprechenden Suchbegriffe in eine Suchmaschine eingegeben werden. Zusätzliche Anmerkungen und Quellenangaben, zum Beispiel zu den entsprechenden wissenschaftlichen Veröffentlichungen, finden sich in einem speziellen Dossier zu diesem Buch unter:



**[https://www.achgut.com/artikel/
gunter_frank_der_staatsverrat_dossier](https://www.achgut.com/artikel/gunter_frank_der_staatsverrat_dossier)**

Einleitung

Warum ein drittes Buch zur Corona-Krise?

Viele spüren es: Seit Corona ist die alte Bundesrepublik Geschichte. Meinungsfreiheit, Rechtssicherheit und einfachste objektive Tatsachen scheinen plötzlich nicht mehr zu gelten. Lügen und Täuschungen stehen wie Elefanten im öffentlichen Raum – die die Mehrheit der Bevölkerung jedoch nicht wahrnehmen will.

Als die WHO Anfang 2020 eine neue Pandemie ausrief, war diese Entwicklung für uns Bürger, die wir uns in einem freiheitlichen Rechtsstaat wähten, nicht absehbar. In meinem ersten Corona-Buch „Der Staatsvirus“, das 2021 erschienen ist, beschrieb ich daher zunächst, wie das Land nicht von biologischen Erregern, sondern vom Virus der Inkompetenz bedroht wurde. Denn bereits im März 2020 war klar, dass die Bedrohung der Gesellschaft durch COVID-19 nicht über die einer mittelschweren Grippe hinausgehen wird, Lockdowns hingegen ungleich größere Schäden anrichten werden.

Mit der COVID-Impfkampagne erhielt die Corona-Krise jedoch eine andere Dimension. Anfang 2023 beschrieb ich in meinem zweiten Corona-Buch „Das Staatsverbrechen“, wie ein gigantisches militärisch-pharmakologisches Biowaffennetzwerk im Jahr 2020 unter dem finanziellen Druck stand, endlich seine so nutzlosen wie gefährlichen mRNA-Ladenhüter zu einem globalen Impfverkaufserfolg führen zu müssen. Ausgangspunkt war ein Laborleck in Wuhan, wodurch sich bereits 2019 das zuvor manipulierte SARS-CoV2-Virus verbreiten konnte. Meine Vermutung, dass die Geheimdienste die westlichen Regierungen vor einer entwichenen Biowaffe warnten und der erste Lockdown der Angst davor geschuldet war, bestätigt sich derzeit. Die Panik war jedoch zum Glück unbegründet und man hätte schnell zum Normalbetrieb zurückkehren können. Doch nun beeinflusste dieses Biowaffennetzwerk die Regierungen dahingehend, die Panik nicht abzublasen, sondern sogar noch zu verstärken. Denn das

eigentliche Ziel war, die Zulassung ihres mRNA- Ladenhüters zu erzwingen, um ihn anschließend brutal zu vermarkten.

Selbstverständlich gab es frühe Warner und renommierte Kritiker dieser Entwicklung. Sie wurden jedoch in einem irritierenden Gleichklang der öffentlichen Institutionen ausgegrenzt und sogar politisch verfolgt. Menschen, die sich der gefährlichen Covid-Impfung verweigerten, sahen sich mit einer Situation konfrontiert, die einem Apartheidssystem glich. In „Das Staatsverbrechen“ erkläre ich, welche Techniken dazu angewandt wurden und wie erschreckend einfach es war, in sämtlichen Institutionen autoritären Eifer zu entfachen. Dies wird belegt anhand menschenverachtender Zitate von Politikern, Wissenschaftlern, Kirchenführern, Journalisten, Künstlern und anderen. Das Buch bewertet die unfassbaren Schäden dieses Irrsinns. Es begründet, warum die Covid-Impfkampagne ein Menschheitsverbrechen ist und sich die Verantwortlichen in einem funktionierenden Rechtsstaat dafür vor Gericht verantworten müssten.

Ende 2024 bestätigte der Abschlussbericht des Corona-Untersuchungsausschusses des US-Kongresses – wohlgermerkt noch unter der Biden-Administration – alle wesentlichen Punkte dieser zwei Corona-Bücher. Warum nun ein drittes Buch?

Weil der Wahnsinn ungebremst weitergeht! Die Dreistigkeit, mit der die Wirklichkeit schamlos verdreht wird, dominiert heute alle wesentlichen Bereiche unseres Lebens wie Gesundheit, Wirtschaft, Kultur, Bildung, Wissenschaft und Rechtsstaat. Sie bedroht inzwischen unmittelbar unseren Wohlstand und damit die Funktionsfähigkeit des Sozialstaates sowie unsere körperliche wie geistige Unversehrtheit. Die historische Bedeutung der Corona-Krise besteht darin, dass sie diese schon lange zuvor begonnene Abkehr von den freiheitlich westlichen Prinzipien und Werten schonungslos offenbart. Darin liegt aber auch die besondere Chance, die ihre umfassende Aufarbeitung bietet: Neben der Aufdeckung von Korruption und Regierungsinkompetenz geht es vor allem darum, diese dystopische Entwicklung der breiten Bevölkerung begreifbar zu machen. Geschieht dies nicht, droht sich Deutschland einmal mehr in einen autoritären Staat zu verwandeln, der abermals seinem eigenen Niedergang entgentaumelt.

Leitfaden für einen Untersuchungs- ausschuss

Die Corona-Politik führte zur schwersten Krise in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Unter Einschränkung garantierter Grundrechte wurde in Deutschland der größte Schaden seit dem Zweiten Weltkrieg angerichtet, sowohl in körperlicher und psychischer als auch in finanzieller Hinsicht. Der Versuch, die selbstgemachten Ursachen dieser Katastrophe unter den Teppich zu kehren, wird scheitern, zumal immer mehr verstörende Zusammenhänge bekannt werden. In der neuen US-Administration nehmen renommierte Corona-Kritiker mittlerweile führende Positionen ein – mit dem ausdrücklichen Ziel einer umfassenden Corona-Aufarbeitung. Das erkennen auch die Verantwortlichen bei uns: Sie versuchen nun, sich durch den Ruf nach Aufarbeitung reinzuwaschen. Sie fordern Bürgerräte und Enquete-Kommissionen, wohlwissend, dass diese nichts anderes sind als unverbindliche Plauderrunden, die man gut kontrollieren kann. Ins Zentrum stellen sie die Forderung, man müsse bei der nächsten Pandemie besser vorbereitet sein. Ein reines Ablenkungsmanöver, denn zunächst müsste geklärt werden: Gab es

überhaupt eine Pandemie – und was genau ist mit der „nächsten Pandemie“ gemeint?

Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss dagegen ist ein scharfes Schwert, denn die Befragten müssen erscheinen und jede unwahre Aussage gilt als Straftat. Nur dort ist es möglich, unbequeme Fragen an die richtigen Personen zu adressieren und Antworten zu erzwingen. Im ersten Buchteil wollen wir daher eine Art Leitfaden für einen solchen Untersuchungsausschuss entwickeln. Wir stellen die entscheidenden Fragen und erklären, wie der aktuelle Wissensstand dazu aussieht. Dabei stehen die harten Fakten aus öffentlich zugänglichen Quellen im Vordergrund.

Viele davon sind schon in den beiden vorhergehenden Büchern („Der Staatsvirus“ und „Das Staatsverbrechen“) angeführt worden, die bereits Ende 2020 und 2022 geschrieben worden sind. Schon damals war ausreichend Wissen vorhanden, um die Situation korrekt einschätzen zu können. Diese Inhalte werden im vorliegenden Buch knappgehalten, um Doppelungen zu minimieren. Neue Erkenntnisse, wie beispielsweise die heute bekannten Inhalte der internen RKI-Krisenstabsprotokolle, werden entsprechend gewürdigt.

Neun Fragen zur Faktenlage

1. Gab es eine außergewöhnliche Gefährdungslage durch die Corona-Pandemie?

Jede Krankheit kann im Einzelfall tödlich sein, sogar Schnupfen. Bei der Bewertung einer außergewöhnlichen Pandemiegefährdung für die Bevölkerung geht es aber nicht um Einzelfälle, sondern um die Gesamtbeurteilung. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) definiert seit 2009 eine Pandemie als „weltweite Ausbreitung einer neuen Krankheit“. Dass

7. Wie sind 2G, Lockdowns, Schulschließungen und der Umgang mit Kritikern und Nichtgeimpften aus ethischer Sicht zu bewerten?

In guten Zeiten ist es einfach, mutig zu sein. Erst in einer Krise zeigt sich, wer seinen eigenen Ansprüchen auch unter Druck gerecht wird. Hier ein paar Beispiele für ethisches Versagen, welches vor 2020 zu massiven Protesten von den Medien bis zu den Kirchen geführt hätte:

- Patienten wurden gefährdet, um Personal zu schützen (Beatmungsvorgaben).
- Kinder wurden isoliert und ihrer Bildung beraubt, angeblich um Erwachsene zu schützen.
- Schwerstkranke wurden verzögert oder gar nicht behandelt, wenn sie einen positiven Test oder keine COVID-Impfung hatten.
- Menschen, besonders alte, mussten alleine und ohne Beistand sterben.
- Selbst nahe Verwandte durften Kranke nicht besuchen, besonders dann, wenn sie keine COVID-Impfung vorweisen konnten.
- Kinder in Heimen wurden bei positivem Test viele Tage komplett allein abgesondert.
- Menschen wurden vom öffentlichen Leben ausgeschlossen, wenn sie sich gegen eine COVID-Impfung entschieden.
- COVID-ungeimpfte Parlamentarier durften im Plenarsaal nur auf der Zuschauertribüne sitzen.
- Corona-Demonstranten wurden auf brutale Weise von Polizisten zu Boden geworfen, gefesselt, getreten und weggeschleift.
- Zuständige Institutionen verschwiegen die extrem hohe Nebenwirkungsrate eines nur bedingt zugelassenen neuartigen Arzneimittels.
- Im Sinne des Nürnberger Kodex ist es verwerflich, Menschen ein Arzneimittel aufzuzwingen, das sich noch im experimentellen Stadium befindet, ohne darüber aufzuklären und ohne die umfassende Freiwilligkeit der Entscheidung zu gewährleisten.

Hexenjagd ist keine mittelalterliche Spezialität

Besonders erschreckend war der Furor, mit dem ungeimpfte und kritische Menschen entmenslicht, beschimpft, benachteiligt und ausgegrenzt wurden. Von den eigenen Kindern, den Arbeitskollegen, Vorgesetzten, Kirchen, kurz: von der gesamten Gesellschaft. Blockwartmentalität und Denunziantentum blühten wieder einmal auf. Wir alle kennen die unfassbaren Aussagen führender Persönlichkeiten, die ihren Drang zum unreflektierten Herabsetzen von Mitmenschen in primitiver Weise auslebten. Im „Das Staatsverbrechen“ sind viele dieser erschreckenden Zitate dokumentiert. Entschuldigt hat sich unseres Wissens bis heute keiner dafür – von Markus Söder über die „Toten Hosen“ bis hin zu Günther Jauch. Es hat nicht viel gefehlt und man hätte Ungeimpfte und Kritiker öffentlich gelyncht. Das war die Stimmung in den Jahren 2020 bis 2023.

Verbrechen gegen die Menschlichkeit

Hinter dieser Dynamik steht ein psychologisches Phänomen. Die Evolutionssoziologie nennt dieses Verhalten „Gruppenmoralismus“. Die Veranlagung dafür steckt in unseren Genen, weil es in Urzeiten fürs eigene Überleben notwendig werden konnte, bei Nahrungsknappheit die Bewohner des Nachbardorfes zu erschlagen, selbst wenn man eigentlich mit ihnen befreundet war. Diese Dynamik wird stets über eine moralische Überhöhung ausgelöst, die den Konkurrenten entmenslicht und somit die angeborenen Tötungsskrupel überwindet. Hinter jedem Völkermord verbirgt sich ein solcher Gruppenmoralismus, wobei das Motiv der Übermoral nebensächlich ist. Weil es eben nie um Religion, Hautfarbe oder Impfweise geht, sondern darum, einen vorgeschobenen Grund für das Ausschalten des Gegners zu finden. Diese Kraft haben die Architekten der Corona-Krise bewusst in ihre Corona-Kampagne eingebaut. Dies beweist eine Studie der Yale-Universität, die die Integration des Gruppenmoralismus in die Vermarktung des COVID-Impfstoffes explizit empfiehlt (vgl. „Das Staatsverbrechen“). Dadurch wurde aus der globalen Vermarktung der COVID-Impfstoffe die erste weltweite totalitäre Verkaufskampagne eines Arzneimittels. Man kann von einem systematischen Angriff auf die Zivilbevölkerung sprechen und somit von einem Verbre-

chen gegen die Menschlichkeit. Und der Gruppenmoralismus wütet noch immer. Nach wie vor fühlen sich Täter und ihre Mitläufer im Recht, obwohl sich ihre moralische Überlegenheit im Lichte der Wirklichkeit komplett ins Gegenteil verkehrt.

Brutale Polizeigewalt

Im Gegensatz zu Demonstrationen etwa von „Black Lives Matter“, „Free Palestine“ oder „gegen rechts“ waren Corona-Demonstrationen so gut wie immer friedlich. Und das, obwohl gezielt Agents Provocateurs eingesetzt wurden, um die Demonstranten zur Eskalation zu treiben. Manche trugen Polizeistiefel und hielten sich später am Mannschaftswagen im freundlichen Gespräch mit Polizisten auf. Etliche Demonstranten wurden ohne Grund einfach herausgegriffen, zu Boden geworfen, brutal gefesselt und getreten. Der UN-Folterbeauftragte Nils Melzer sprach von Erniedrigung und sogar vereinzelt von Folter. Er bat die Regierung um Stellungnahme, die sie bis heute verweigert. Später wurden Demonstranten mit haarsträubenden Anzeigen überzogen. Wenn sich aber per Video herausstellte, dass nicht sie, sondern die Polizei exzessiv gewalttätig agierte, gab es unseres Wissens keine einzige Verurteilung gegen einen Polizisten aufgrund von Gewalt gegen friedliche Corona-Demonstranten.

Tiefe gesellschaftliche Spaltung

Es ist diese Chuzpe, die viele Menschen in Deutschland so enttäuscht und verbittert. Erst wird gegen alle Regeln der Ethik verstoßen, um dann weiter vom hohen Ross den Maßnahmenopfern und Kritikern, die schlichtweg recht hatten, die gesellschaftliche Teilhabe zu verweigern. In der Politik, in den Medien und in den Institutionen. Nach wie vor widersetzen sich diejenigen in den Parlamenten, den Zeitungen und den Talkshows, die in den Corona-Jahren fachliches wie moralisches Totalversagen bewiesen haben, jeder Entschuldigung und Einsicht und erklären, was die richtigen Lehren aus den Corona-Jahren seien. Das hat zu zwei regelrechten Parallelwelten geführt: zur offiziellen Welt, die sich hartnäckig der Wirklichkeit verweigert, und zur Welt der Ausgegrenzten, die es nicht fassen können, dass eindeutige Argumente hinsichtlich der Krankenhausbe-

legung oder der hohen Nebenwirkungsrate einfach von *tagesschau* und Co. verschwiegen oder verzerrt werden. Heute ist Deutschland tief gespalten zwischen denjenigen, die Rechenschaft verlangen und denjenigen, die eine Aufarbeitung verhindern wollen – sei es aus Scham oder aus Sorge vor den Konsequenzen der eigenen Mitverantwortung.

In auffallender Weise versagten insbesondere die Institutionen, die aus ihrem moralischen Selbstverständnis heraus dagegen hätten einschreiten müssen wie beispielsweise die Kirchen oder explizit auch Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier sowie der von der Regierung eingesetzte Deutsche Ethikrat. Verstöße gegen grundlegende ethische Maßstäbe bereiteten diesem Expertengremium kein Kopfzerbrechen. Einzelne Mitglieder wie die Vorsitzende Alena Buyx oder der bereits erwähnte Soziologieprofessor Bude beteiligten sich sogar dezidiert am Ausgrenzen von Ungeimpften und Kritikern.

Kurz: Ein Untersuchungs-Ausschuss muss die tiefen ethischen Verwerfungen thematisieren und führende Vertreter aus Kultur und Kirche nach der heutigen Einschätzung ihrer Aussagen befragen. Wieso gab es aus den Reihen des Ethikrates keinen Widerspruch, wie wurden die Mitglieder ausgewählt, welche Interessenkonflikte gab es? Auch die Verantwortlichen für die außergewöhnliche polizeiliche Härte sind zu benennen. Wer gab die Einsatzbefehle und wie lauteten sie? Wurden Beamten speziell für Corona-Demonstrationen ausgesucht, die nur allzu bereitwillig derartige Übergriffe exekutierten?

Teil 2

Die große Gehirnwäsche

Gewaltenteilung, Gerichte, freie Universitäten und unabhängige Medien hätten uns in einer modernen Demokratie vor der Corona-Krise schützen müssen. Wenn auch nur eine Institution funktioniert hätte – Wissenschaft oder Medien oder Justiz –, dann gäbe es heute keine Lock-down-Massenschäden und keine zahllosen Opfer der kriminellen Vermarktung eines gefährlichen Biowaffenladenhüters. Um dieses Totalversagen einer sich immer noch als demokratisch und aufgeklärt wahnenden Gesellschaft zu verstehen, möchten wir einen Blick zurück in die jüngere Vergangenheit werfen. Dort finden sich weit vor der Corona-Krise die Wurzeln einer Entwicklung, die wieder einmal hin zu einem autoritären Obrigkeitsstaat mit zunehmend totalitärem Charakter führt. Es handelt sich um einen regelrechten Trend, der weit über Corona hinausgeht und inzwischen alle freien Demokratien nach westlichem Vorbild bedroht.

Das Erfolgsmodell des Westens bröckelt

Freiheit entfesselt individuelle Schaffenskraft

Noch vor wenigen Jahrhunderten wurde unser gesellschaftliches Leben dominiert von unumstößlichen Wahrheiten (Dogmen), die Autoritäten im

Auftrag höherer Instanzen vorgaben. Diese Instanzen waren religiöser oder ideologischer Natur und durften nicht infrage gestellt werden. Wer dies dennoch tat, wurde als Ketzer, Leugner oder Volksfeind ausgegrenzt, eingekerkert oder gleich verbrannt. Gesellschaftlicher Fortschritt wurde auf diese Weise blockiert. Dies änderte sich durch die Aufklärung – eine Denkrichtung, die im 18. Jahrhundert von Europa ausging. Sie fordert den einzelnen Menschen auf „*sich seines Verstandes ohne Leitung eines anderen zu bedienen*“, um sich aus der „*selbst verschuldeten Unmündigkeit*“ zu befreien. Damit baut die Aufklärung auf dem christlichen Menschenbild auf, welches den Menschen als Abbild Gottes versteht und somit jedes einzelne Individuum als fähig erachtet, selbstständig gut und richtig zu entscheiden – was wohlbemerkt nicht deckungsgleich ist mit dem Selbstverständnis der Amtskirche, deren autoritären Vorgaben sich der Einzelne unterzuordnen hat, wie sich in der Corona-Krise allzu deutlich zeigte.

Aufgeklärte Gesellschaften entwickelten sich zu einem einzigartigen Erfolgsmodell, indem sie auf die Kreativität und Kompetenz des individuellen Menschen vertrauen, der seinen Forscher- und Unternehmensdrang am besten frei und ohne ständige staatliche Gängelung oder gar Verfolgung entfaltet. So entstanden Erfindungen und Produkte, deren Nutzen durch die industrielle Revolution der gesamten Gesellschaft zugänglich wurden. Respekt vor vielfältigen Meinungen und Lebensstilen, die sich frei äußern und organisieren konnten (Pluralismus), wurde zur Normalität.

Es entwickelte sich die freie Marktwirtschaft, breiter Wohlstand, die Abschaffung von Leibeigenschaft und Sklaverei, ein Sozialstaat für Schwächere, Gleichberechtigung und eine erhebliche Verlängerung der Lebenserwartung. So wurde die Reduzierung von Armut, Hunger und tödlichen Krankheiten in einer Weise möglich wie nie zuvor in der Menschheitsgeschichte. Dieser Umbruch von dogmatisch eingeengten Lebenswirklichkeiten hin zu individueller Freiheit und industrieller Wohlstandsentwicklung nennt sich „Moderne“. Politisch bedeutete die Aufklärung die Abkehr von Feudalismus und Erbdynastien. Immer wenn Menschen aus wirtschaftlicher Not oder wegen politischer/sexueller/religiöser Verfolgung aus ihrem Land fliehen müssen, flüchten sie in westliche Demokratien und nicht nach China oder in arabische Länder.

Verantwortung gut umgehen, würde er seinen Reichtum in Schul- oder Brückensanierungen stecken. Und nicht in ideologische Wolkenkuckucksheime, in die Selbstbereicherung seines Personals und in die diesbezügliche Unterdrückung der Kritik.

Die Brandmauer gegen die Wirklichkeit

Der Bundestagswahlkampf 2025 war geprägt von einer Atmosphäre, als stünde Deutschland, wie im Jahr 1933, kurz vor der Machtergreifung des Nationalsozialismus. Man wurde nicht müde zu behaupten, dies würde geschehen, wenn andere Parteien im Bundestag zusammen mit der AfD abstimmen. Zentraler Begriff war und ist die Brandmauer, die die „Wir-die-demokratischen-Parteien“ von den „Faschisten“ im Bundestag trennen soll. Der Kampf gegen rechts sei das wichtigste Thema und Antifaschismus die vorrangige Aufgabe eines jeden echten Demokraten. Den Ton setzte eine Bundestagsdebatte im Januar, nachdem in Aschaffenburg ein zweijähriges Kind und ein Familienvater, der dieses Kind retten wollte, erstochen wurden. Ermordet von einem afghanischen Einwanderer, der wegen mehrerer Gewalttaten schon vorher aufgefallen und längst ausreisepflichtig war. Daraufhin stellte die CDU den Vorschlag zur Abstimmung, kriminelle Einwanderer an der Grenze abzuweisen. Er wurde mit den Stimmen der AfD mehrheitlich angenommen. Die begleitende Hysterie gipfelte in der Aussage des SPD-Fraktionsvorsitzenden Mützenich, der allen Ernstes behauptete, nun sei *„das Tor zur Hölle“* aufgestoßen.

Meint Herr Mützenich mit Hölle vielleicht den Verlust der Abgeordnetenbezüge? Die Demokratie ist nun mal die einzige Staatsform, in der eine schlechte Regierung abgewählt werden kann. Aber nicht, um diese schlechte Politik durch andere Parteien fortzuführen, sondern um sie zu beenden, inklusive der dazugehörigen Privilegien. Die AfD erscheint immer mehr als die einzige Partei, die einen solchen Politikwechsel anstrebt. Ob gerechtfertigt oder nicht, immer mehr Bürger wählen sie, weil sie den Niedergang sehen und zurück wollen zu einer rationalen Politik. Diese kritischen Bürger von der politischen Teilhabe auszuschließen und so einen echten Politikwechsel zu verhindern, das ist der eigentliche

Zweck der unsäglichen Brandmauer und des „Kampfes gegen rechts“. Vorläufiger Höhepunkt war im Mai 2025 die Meldung des Bundesamtes für Verfassungsschutz, nach eingehender Prüfung sei die AfD als gesichert rechtsextrem einzustufen. Ohne das entsprechende Gutachten vorzulegen und auch nur einen Beleg dafür zu liefern, dass die AfD als Partei den Boden des Grundgesetzes verlassen hat. Ein solches Vorgehen klingt eher nach gesichert undemokratischem Machmissbrauch zur Schädigung des politischen Gegners. Und als Vorwand, die AfD tatsächlich verbieten zu wollen – und damit die Opposition. Leben wir dann noch in einer Demokratie – und wenn ja, in welcher?

Faschistoide Antifaschisten und Lenin-Demokraten

Was ist von der Pose des Antifaschismus vieler Abgeordneter zu halten, wenn gleichzeitig deren Bodentruppen den politischen Gegner körperlich bedrohen und dessen Parteizentralen demolieren. Im Januar wurden CDU-Mitarbeiter nach einem Überfall auf ihr Büro gewaltsam genötigt, sich selbst als Faschisten zu bezeichnen. Ein „demokratischer“ Umgang mit politischen Gegnern, dem die AfD schon seit Jahren standardmäßig ausgesetzt ist – mit Billigung der CDU! Spricht man mit AfD-Politikern, hört man folgende Erlebnisse: Kündigung von Versammlungsorten, Ausgrenzen von Messen und Veranstaltungen, Beschmieren und Beschädigungen der Büros und sogar der privaten Wohnungen, zerstochene Autoreifen und angezündete Autos, brutale Prügelattacken, Anpöbeln der Familie in der Öffentlichkeit, private Hotelkündigungen, Mobbing gegen ihre Kinder in der Schule selbst von Lehrern. Unsere Antifaschisten behaupten, gegen Faschisten zu kämpfen, wenn sie gewaltsam gegen bürgerliche Demokraten vorgehen. Dabei wenden sie selbst faschistoide Methoden an, weil es in der kollektivistischen Vorgehensweise eben keinen Unterschied zwischen Marxisten und Nazis gibt: Ignazio Silone lässt grüßen.

Doch welches Demokratieverständnis treibt eigentlich die heutigen „Wir-die-Demokraten“-Eiferer an? Der Glaube, eine Demokratie im klassischen Sinne, also anhand freier Wahlen, sei am besten geeignet, den Mehrheitswillen durchzusetzen, wurde von den kommunistischen Pio-

nieren als kleinbürgerlich und verlogen bewertet. Der Kommunismus führe hingegen die Demokratie ihrer eigentlichen Bestimmung zu, in Form einer Diktatur des Proletariates, die dazu die Freiheitsrechte der kapitalistischen Unterdrücker gewaltsam einschränken müsse. Nur so ließe sich Gerechtigkeit und echte Freiheit erlangen. Wladimir Iljitsch Lenin, der erste Regierungschef eines kommunistischen Staates, nämlich der Sowjetunion, schrieb dazu: *„Einzig und allein der Kommunismus ist imstande, eine wahrhaft vollständige Demokratie zu bieten, und je vollständiger diese sein wird, umso schneller wird sie entbehrlich werden, wird sie von selbst absterben.“* Lenins Verständnis von Demokratie meint nichts anderes als die gewaltsame Unterwerfung Andersdenkender. In diesem Sinne nannte sich auch die DDR „Deutsche Demokratische Republik“. Vielleicht sollten unsere heutigen Kämpfer für die Demokratie erst einmal klären, was sie wirklich darunter verstehen – einschließlich unseres aktuellen Bundespräsidenten.

Die Pöbel-Demokratie

In Deutschland leben deutlich mehr Menschen, die staatliche Leistungen beziehen, als solche, die sie erarbeiten. Da diese Mehrheit weiterwächst und finanziert werden möchte, wählen sie Regierungen, die den Sozialstaat weiter aufblähen. Diejenigen jedoch, die geistige und materielle Werte schaffen, werden immer stärker belastet. Die alten Griechen würden sich an unserer Stelle vielleicht überlegen, ob wir schon am Übergang einer Demokratie zur Ochlokratie stehen, der Herrschaft des Pöbels. Und ganz ehrlich, wenn man sich die geifernden, wirklichkeitsfremden wie geistlosen Debatten im Bundestag und die Lebensläufe unseres Spitzenpersonals anschaut, fällt die Antwort nicht schwer. Autoritärer Dilettantismus hat die kulturelle Hegemonie erobert. Es gibt kein Entrinnen. Sobald man Radio, Computer, Fernsehen, Smartphone anschaltet, wird man mit dümmlicher Arroganz konfrontiert. Wo man auch hinschaut, herrscht eine hysterische Wirklichkeitsverdrehung, mit der vor allem vom eigenen Versagen angesichts tatsächlicher Probleme abgelenkt werden soll.

Auf diese Weise wurde seit den 1960er-Jahren die westdeutsche Gesellschaft von der Wirklichkeit entfremdet und demoralisiert. Während in

Ostdeutschland immer mehr Menschen den Schwindel durchschauen und sich fragen, ob sich 1989 in Wirklichkeit nicht die BRD der DDR angeschlossen hat, glauben die meisten Westdeutschen selbst dann noch an diese Lügen, wenn die Wirklichkeit direkt vor ihnen steht. Sogar angesichts der Riesenschäden und der entlarvenden wie erschreckenden RKI-Protokolle glauben sie allen Ernstes immer noch, Deutschland wäre insgesamt gut durch die „Pandemie“ gekommen. Pocht man selbst gegenüber Vertretern der Universitäten auf nicht zu widerlegende Fakten, wollen sie davon nichts hören oder zucken lediglich mit den Schultern. Sie bleiben blind gegenüber dem Corona-Menschheitsverbrechen. Ganz so, wie es Bezmenov prophezeite. Die Planer der sowjetischen Langzeitstrategie wären zufrieden. Phase eins ist erfolgreich abgeschlossen. Die Wirklichkeit ist abgeschafft. So erfolgreich, dass der Neomarxismus seine Ökotarnung nicht mehr benötigt. Sogar die CDU hofiert inzwischen offen die Linken. Wir sind schon längst in Phase zwei.

Die neue Allianz: Der Sozialismus der Milliardäre

Irgendwann nach dem Zusammenbruch des Ostblockes 1989 müssen Finanzmonopole und westliche Neomarxisten bemerkt haben, dass sie gut zueinander passen. Im Windschatten der damaligen naiven Vorstellung vom „Ende der Geschichte“ und einer prophezeiten Zukunft friedlichen demokratischen Fortschrittes der Völker wurde schon am nächsten Totalitarismus gebastelt.

Künstliche Märkte brauchen repressionswillige Politiker

Marxistisch denkende Politiker zeichnen sich nicht gerade dadurch aus, tatsächliche Probleme durch Sacharbeit zu lösen. Aber eine andere Eigenschaft von ihnen wurde zunehmend interessant: Der Hang zur repressiven Unterdrückung Andersdenkender. Und genau diese Art Politiker sind nützlich für Finanzstrategen, die künstliche Märkte durchsetzen wollen.

„Öffentlich-private Partnerschaften“: Der neue Totalitarismus

Corona als Blaupause für künftige „Krisen“

Die App auf Ihrem Smartphone leuchtet rot auf. Das Lesegerät an der Supermarktkasse verweigert den Zugang zu Ihrer digitalen Brieftasche, mit der Sie ihre Einkäufe bezahlen wollen. Bargeld ist nicht mehr im Umlauf. Sie fragen sich, was Sie falsch gemacht haben. Da blinkt die App erneut und weist Sie darauf hin, dass sich in Ihrem Einkaufswagen ein Artikel befindet, den Sie nicht kaufen dürfen, da Sie Ihr Limit bereits überschritten haben. Sie überlegen kurz, um welchen Artikel es sich handeln könnte und tippen auf die Tafel Schokolade. Sie haben zwar schon bewusst eine dunkle, weniger Zucker enthaltende Sorte ausgewählt,

doch seit in Ihrer digitalen Patientenakte – die Sie ebenfalls auf Ihrem Smartphone gespeichert haben – vermerkt ist, dass Sie unter leichtem Übergewicht leiden, ist Ihr Konsum von Süßwaren begrenzt worden. Zum einen, so behauptet die Regierung, um Sie selbst zu schützen, zum anderen aber auch, um das Gesundheitssystem nicht zu überlasten – also zum Wohle der Allgemeinheit. Ein kurzer Blick auf Ihr Wearable – eine Art Smartwatch, die Ihre Gesundheitsdaten ständig digital erfasst – bestätigt es: Ihr Blutzuckerwert weicht tatsächlich gerade um 0,1 vom Normwert ab. Sie tauschen die Schokolade also gegen einen Proteinriegel auf Insektenbasis aus. Nun können Sie die Kasse problemlos passieren. Wir schreiben das Jahr 2040.

Schöne neue Zukunft

Zu Hause in Ihrer ausgekühlten Wohnung, die sich seit der Installation eines Smart Meters aus Klimaschutzgründen nur noch auf höchstens 16 Grad Celsius heizen lässt, kochen Sie sich einen Tee, knabbern dazu Ihren Insektenriegel und überlegen, woher Sie vielleicht doch noch einen wärmeren Pullover bekommen könnten. Das ist gar nicht so einfach, weil Sie Ihr diesjähriges Kontingent für Kleidungsstücke bereits aufgebraucht haben. Vielleicht wäre ja ein Tauschgeschäft mit Ihrem Freund, den Sie morgen besuchen wollen, möglich? Apropos: Dafür brauchen Sie ja noch eine Fahrkarte! Ein privater PKW ist längst unerschwinglich geworden und sowieso leben Sie in einem Stadtteil, in dem Parkplätze komplett abgeschafft worden sind. Sie versuchen also, in der Bahn-App ein Ticket zu buchen.

Seit es bei der Bahn keine Verkaufsschalter mehr gibt und nur noch digitale Fahrausweise gültig sind, sind Sie auf die Nutzung der App angewiesen. Sie sind sich sicher, dass Sie noch über genügend Bahnkilometer verfügen, da Ihr ökologischer Fußabdruck in diesem Jahr noch relativ klein ist. Auch Ihr digitaler Impfausweis, der mit der Bahn-App verknüpft ist, befindet sich auf aktuellem Stand. Dennoch blinkt die App auf: „Buchung nicht möglich!“ Sie sind irritiert. Dann fällt Ihnen ein, dass Sie Ihrem Freund kürzlich einen Cartoon über eine Internetplattform geschickt haben. Es war zwar eine ganz und gar harmlose Zeichnung,

aber seitdem die Meldestellen, die das Internet vor Hass und Hetze schützen sollen, auch sämtliche Messengerdienste durchsuchen, kommt es immer wieder zu versehentlichen Sperrungen der Bahn-App, die mit Ihrer digitalen Identität verbunden ist.

Zwar wird der Cartoon von der Prüfbehörde wohl kaum als eine Delegitimierung des Staates eingestuft werden, doch so lange der Fall nicht geklärt ist, können Sie nicht verreisen. Und das kann sich durchaus einige Monate hinziehen. Ihre Berufstätigkeit ist davon immerhin nicht weiter beeinträchtigt, da Sie seit dem vergangenen Jahr nur noch im Home-office arbeiten und ausschließlich an Online-Konferenzen teilnehmen. Schweren Herzens beschließen Sie also, Ihren Freund anzurufen und ihm abzusagen. Den wahren Grund Ihrer Absage können Sie ihm allerdings nicht nennen, denn aus Sicherheitsgründen – um terroristische Anschläge zu verhindern – werden grundsätzlich alle Telefonate durch den Verfassungsschutz mitgehört und den wollen Sie ja nicht darauf aufmerksam machen, dass Ihre Bahn-App gesperrt ist.

Prinzipiell steht Ihnen nach wie vor die im Grundgesetz verbürgte Reisefreiheit zu. Aber seit die WHO vor zwei Jahren eine gesundheitliche Notlage internationaler Tragweite aufgrund des Klimawandels ausgerufen hat, sind die Grundrechte auf unbestimmte Zeit eingeschränkt worden. Sie würden sich strafbar machen, wenn Sie versuchen würden zu reisen, obwohl es Ihre App Ihnen verbietet. Wenn Sie erwischt würden, müssten Sie eine hohe Strafe zahlen und wären auch gesellschaftlich erledigt, da die Nichtbeachtung der App als unmoralisch gilt.

Zurück in die Gegenwart

Derartige Dystopien kennen wir nur aus Büchern oder Filmen wie George Orwells „1984“ oder Aldous Huxleys „Schöne neue Welt“. Aber in einem freiheitlichen Rechtsstaat wie Deutschland sind die oben beschriebenen Zustände doch undenkbar! Wirklich?

Hand aufs Herz: Hätten Sie es geglaubt, wenn man Ihnen vor 15 Jahren gesagt hätte, dass es Ihnen einmal wegen eines Atemwegsinfektes verboten sein würde, alleine auf einer Parkbank zu sitzen und ein Buch zu lesen? Oder dass Sie Ihre Wohnung nach 21 Uhr nicht mehr verlassen

Programmes „Kreatives Europa“. Derzeit werden acht Projekte mit insgesamt zwölf Millionen Euro unterstützt, und im Vorfeld der Europawahlen schüttete die EU-Kommission 132,82 Millionen Euro an Medienunternehmen aus. Es ist kaum anzunehmen, dass diese Medien dann kritisch über die EU berichten.

In Deutschland erhält nicht nur die Deutsche Presse-Agentur (dpa) jährlich Hunderttausende Euro von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM), sondern die Bundesregierung zahlte zudem zwischen 2018 und 2023 Honorare im Wert von fast eineinhalb Millionen Euro an Journalisten für Moderationen, Texte, Lektorate, Fortbildungen und Vorträge. Zusätzlich gab die Bundesregierung allein im Jahr 2023 rund 85 Millionen Euro für Werbung aus, die an Medien und Influencer verteilt wurden, um eine positive Berichterstattung zu sichern. Im Grunde werden Sie von den staatlich subventionierten Medien auf Schritt und Tritt verfolgt. Zum Beispiel durch das Newsportal *Watson*, das seine „Nachrichten“ unter anderem auf den bewegten Werbeflächen in U-Bahn-Stationen verbreitet, den sogenannten Infoscreens. *Watson* gehört zur Ströer-Gruppe, die offen damit wirbt, dass ihre Meldungen nahezu jeden Bürger erreichen.

Digitale Gefängnisse

Den Traum, jederzeit und überall Einfluss auf die Bürger nehmen zu können, träumen auch die politischen Institutionen: Neben dem Kampf gegen den Klimawandel wird von UN, EU und der Bundesregierung derzeit vor allem die Digitalisierung in allen Lebensbereichen vorangetrieben. Nun ist Digitalisierung per se nichts Schlechtes, doch sie eröffnet Möglichkeiten, die unter Umständen direkt gegen die im Grundgesetz verbürgten Freiheitsrechte verwendet werden können. Auch hier sollen wieder einmal Städte eine zentrale Rolle spielen: Sie sollen sich in „Smart Cities“ verwandeln. „Smart“ klingt erst einmal unangenehm gegen einen reibungsloseren Ablauf von Behördengängen dank digitalisierter Struk-

turen hätte sicher auch niemand etwas einzuwenden. Doch es geht um wesentlich mehr.

„Smart Cities“ – wozu noch Privateigentum

Aufschlussreich ist die Publikation „Smart City Charta: Digitale Transformation in den Kommunen nachhaltig gestalten“ aus dem Jahr 2017. Sie wurde vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) sowie dem damaligen Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) herausgeben. Die Verfasser weisen ausdrücklich darauf hin, dass die Charta die Umsetzung der Agenda 2030 unterstützt und skizzieren darin, wie in der „Smart City“ der Zukunft der städtische Raum mithilfe digitaler Steuerung optimal genutzt werden soll: So sollen zum Beispiel Gebäude nie mehr leerstehen und Autos nie mehr unterbesetzt sein. Dank digitaler Informationen könnten verfügbare Waren einfach geteilt werden, sodass es keinen Sinn mehr machen würde, etwas zu besitzen. Privateigentum würde somit zum unverantwortlichen Luxus. Künstliche Intelligenz würde für uns die Verkehrsmittel aussuchen, die wir benutzen sollen, und sogar Wahlen überflüssig machen. Denn verhaltensbezogene Daten könnten genaue Informationen darüber liefern, was wir möchten, und daher die Demokratie als gesellschaftliches Feedbacksystem ersetzen.

Die Harvard-Ökonomin Shoshana Zuboff spricht in diesem Zusammenhang von „Überwachungskapitalismus“. Damit meint sie, dass wir auf eine Automatisierung der Gesellschaft zusteuern. Die Verfügbarkeit von Verhaltensdaten tritt dabei an die Stelle des bisherigen Gesellschaftsvertrages. Dabei ist für den Einzelnen nicht erkennbar, welche Verhaltensdaten wann, von wem und zu welchem Zweck gespeichert, verarbeitet und wie diese Verhaltensdaten wiederum Grundlage einer Verhaltensmanipulation werden. Tatsächlich enthalten neue PKWs bereits zahlreiche Sensoren, die Daten unter anderem zum Fahrverhalten und zu körperlichen Eigenschaften sammeln.

Das Konzept der Smart City – also der volldigitalisierten Stadt – passt auch auffällig gut zu der am Anfang dieses Kapitels vorgestellten C4o-In-

itiative. Und die Verzichtsideologie spiegelt sich noch in weiteren Plänen zum künftigen städtischen Leben wider: So sollen den Einwohnern in sogenannten 15-Minuten-Städten wichtige Infrastrukturen im Umkreis von 15 Minuten Fußweg – also von 350 bis 500 Metern – zur Verfügung stehen. Was zunächst gut klingt, könnte in letzter Konsequenz jedoch zu einer massiven Einschränkung der Bewegungs- und Reisefreiheit führen. Ganz so wie während der härtesten Corona-Lockdowns.

„Internet der Dinge“ – die unentrinnbare Überwachung

Ein anderer Kernbereich der Smart Cities ist das „Internet der Dinge“ (Internet of Things, kurz: IoT), für das sich auch das WEF vehement einsetzt. Es handelt sich dabei um ein Netzwerk miteinander verbundener Sensoren, die Daten sammeln, verarbeiten, versenden und in Clouds zusammenführen. Dadurch sollen physische und virtuelle Objekte miteinander verschmelzen. Laut WEF hat sich das „Internet der Dinge“ besonders während der Corona-Krise als unentbehrlich erwiesen: Vernetzte Wärmebildkameras, Kontaktverfolgungsgeräte und tragbare Gesundheitsüberwachungsgeräte hätten wichtige Daten zur Ausbreitung von COVID geliefert. Außerdem hätten Paketverfolgung und Temperatursensoren dafür gesorgt, dass die empfindlichen Impfstoffe sicher verteilt worden seien. Das IoT soll künftig Milliarden physischer Objekte auf der ganzen Welt vernetzen – von Fitness-Trackern bis zu intelligenten Heizungssystemen – und Daten darüber erfassen, wie wir leben, arbeiten und uns durch unsere Städte bewegen. Klaus Schwab behauptet, dass diese *„vierte industrielle Revolution“* alles übertreffen wird, was die Menschheit bisher erlebt hat. Auch das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) informiert auf seiner Website, dass IoT-Geräte zum Beispiel die Temperatur und die Helligkeit eines Raumes messen und automatisch einstellen könnten. Lichtquellen an die Helligkeit eines Raumes anzupassen, könnte ja durchaus sinnvoll sein. Die automatische Anpassung der Raumtemperatur ist da schon problematischer. Denn wer gibt letztlich die zu erreichende Temperatur vor?

Am 4. Juli 2024 veröffentlichte die EU-Kommission ebenfalls eine Broschüre, in der sie die Installation des Internets der Dinge im öffentli-

Schluss

Der Staatsverrat

Stehen wir vor einem Bürgerkrieg?

Deutschland ist tief gespalten. Auf der einen Seite stehen diejenigen, denen individuelle Freiheit wichtig ist, die es nur in einem Rechtsstaat geben kann, in dem vor dem Gesetz alle gleich sind. Sie wissen, dass dazu die Anerkennung der Wirklichkeit notwendig ist, auf der das gesamte Erfolgsmodell der Moderne beruht. In Wirklichkeit verantworten zum Beispiel die Behördenleiter Wieler und Cichutek ein tödliches Amtsversagen, welches in einem Rechtsstaat zu Anklagen führen müsste. Auf der anderen Seite stehen diejenigen, die allen anderen im Namen eines vorgeblichen Allgemeinwohles vorschreiben wollen, wie sie zu leben haben (Kollektivismus). Mit dem Ziel, die Masse zu kontrollieren, zu steuern und am Ende auszunutzen. Um ihre wahren Absichten zu verschleiern, müssen sie die Wahrnehmung der Wirklichkeit verfälschen. In ihrer Welt bekommen Wieler und Cichutek Bundesverdienstorden.

In der Geschichte haben die verschiedenen Formen des Kollektivismus eine Schneise der Verwüstung hinterlassen. Die Methoden sind immer die gleichen: Schüren von Ängsten, Abschaffung der Wirklichkeit und Entmenschlichung der Gegner. Der aktuelle Kollektivismus entwickelte sich mit Starthilfe der Sowjetunion ab den 1960er-Jahren als eine Art Neomarxismus. Offiziell nennt er sich „Zivilgesellschaft“ oder „Wir-die-Demokraten“. Er missbraucht Umwelt- und Gleichberechtigungsthemen, um seine Interessen durchzusetzen, und diskriminiert seine Gegner als Nazis und Hitlernachfolger – und gibt sie dadurch sprichwörtlich zum Ab-

schuss frei, wie die Attentate auf Donald Trump und Charlie Kirk belegen. Mit welcher menschenverachtenden Häme die „Zivilgesellschaft“ den Mord an dem konservativen Hoffnungsträger Kirk feierte, spricht Bände.

Da sich die Neomarxisten vor den Karren globaler Finanzmonopole spannen ließen, haben sie derzeit Oberwasser. Deshalb leben wir nicht mehr in einer pluralistischen Gesellschaft und freien Marktwirtschaft. De facto leben wir heute in einer Art autoritären Investoren-Planwirtschaft, die Wettbewerb, Meinungsfreiheit und Opposition immer offener unterdrückt. Sie besitzt inzwischen die Macht, künstliche Märkte zur Profitmaximierung weltweit durchzusetzen – auch wenn sie dabei über Leichen gehen muss. Ihre destruktive Kraft wurde in der Corona-Krise offenbar: Allein in Deutschland wurden Millionen geschädigt, Zehntausende Existenzen zerstört – nicht durch das Virus, sondern durch fatale politische Entscheidungen zulasten der Bevölkerung. Die autoritäre Corona-Politik ist damit direkt verantwortlich für die mit Abstand größte humanitäre und finanzielle Katastrophe in der Geschichte der BRD.

Die schwankende Mehrheit

Doch die Mehrheit steht nicht von sich aus auf einer bestimmten Seite. Die allermeisten Menschen möchten einigermaßen unbehelligt leben und dabei nicht in Konflikt mit der Staatsmacht geraten. Unabhängig davon, ob sich freiheitliche oder kollektivistische Prinzipien durchsetzen, folgen sie den Machthabern. Leider auch dann, wenn der Niedergang spürbar und die Lügen immer offensichtlicher werden, genauso wie es das Märchen „Des Kaisers neue Kleider“ beschreibt. Deshalb fürchten die Vertreter der gegenwärtigen kollektivistischen Zerstörungspolitik nichts mehr als die laute Stimme, die ruft: „Der Kaiser ist nackt!“ Mit allen Mitteln müssen sie verhindern, dass die verheerenden Folgen der Pandemie-, Energie-, Finanz-, Gender- und Migrationspolitik der Mehrheit bewusst werden, weil sie sonst die Seiten wechseln könnte. Dann wäre es vorbei mit Privilegien und Ausbeutung der öffentlichen Kassen. Gerade weil ihr Versagen täglich deutlicher wird, müssen sie Meinungsfreiheit und Opposition umso schamloser unterdrücken. Die einseitigen behördlichen Übergriffigkeiten werden immer drastischer und willkürlicher.

Tanzen wir bereits auf dem Vulkan?

Aber wohin soll das führen? Sollte der Bundestag das Verbot der größten, stetig wachsenden Oppositionspartei beschließen und die Mehrheit im Bundesverfassungsgericht (BVerfG) dieses Verbot als verfassungskonform absegnen, hätte die neue autoritäre Hegemonie ihre Macht zementiert. Pluralismus würde nur noch simuliert: Die Bundesrepublik wäre zur Fasadendemokratie herabgesunken.

Der renommierte Historiker und ehemalige Vorsitzende der CDU-Grundwertekommission Prof. Andreas Rödder (CDU) sagte im Juli 2025 gegenüber dem Portal „Euronews“: *„Ein Verbotsverfahren, das zum Wegfall sämtlicher Stimmen für die AfD und somit flächendeckend zu rot-rot-grünen Parlamentsmehrheiten führt, wäre aber der sichere Weg in den Bürgerkrieg.“* Es ist davon auszugehen, dass ein Fachmann wie Rödder seine Worte sorgfältig und abseits jeder Panikmache wählt. Im Klartext: Eine SPD-CDU-geführte Regierung, die gemeinsam mit Linken und Grünen ein Verbot der größten Oppositionspartei diskutiert, zündelt an den Grundfesten unseres Staates. Wir möchten in Erinnerung rufen, was das Grundgesetz für diesen Fall vorgesehen hat: Artikel 20 beschreibt die BRD als demokratischen Staat, dessen Staatsgewalt vom Volke durch Wahlen ausgeht. Alle Gesetze und jede vollziehende Gewalt sind an die verfassungsmäßige Ordnung gebunden. Unter Absatz 4 steht wörtlich: „Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.“

David J. Betz, Professor für moderne Kriegsforschung am Londoner King's College, sagt sogar einen Bürgerkrieg in ganz Westeuropa voraus. Seiner Meinung nach ist der Kipppunkt bereits überschritten. Die Gründe für seine pessimistische Prognose sind weitgehend dieselben, die in diesem Buch aufgeführt wurden: Vertrauensverlust in die Handlungsfähigkeit der Politik, Selbstbereicherung der Eliten und ihre Abkopplung von der Rechenschaftspflicht, das Ende der aktuellen Geldpolitik (Fiatgeld), beschleunigte Umverteilung von unten nach oben mit der Folge eines breiten sozialen Abstiegs sowie institutionelle Beharrungskräfte, die notwendige politische Wechsel von innen sabotieren. Die eigentlichen Leistungsträger fühlen sich dadurch zunehmend als Leibeigene eines nicht

demokratisch legitimierten globalen Imperiums. Hinzu kommt eine kulturfremde Masseneinwanderung, die ihre eigenen Regeln durchsetzt, während sich die ehemals dominante einheimische Mehrheit zunehmend ins Abseits gedrängt fühlt. Ihr bleibt oft nur die Rolle des hilflosen Zuschauers bei der schleichenden Erosion der eigenen kulturellen Werte.

Aufstand der Leistungsträger

Betz stellt sich einen künftigen Bürgerkrieg jedoch weniger als gewalttätige Auseinandersetzung vor, sondern vielmehr als soziale Bewegung, die „über das Gesetz hinausgeht“ – wie Nelson Mandela es in seinem berühmten Hochverratsprozess beschrieben hat. Diejenigen, die in Deutschland einer wertschöpfenden Arbeit nachgehen, Lohnsteuern zahlen und so den ganzen Staatszirkus finanzieren, sind meist älter und in der klaren Minderheit. Die Mehrheit lebt von ihnen, ganz im Gegensatz zu den Verhältnissen etwa vor der französischen Revolution. Doch diese Minderheit verfügt über weitgehende Ressourcen – physisch, finanziell sowie in Form von Wissen und Zugang zu kritischen Systemen. Letztendlich zielen fortwährende neomarxistische, islamistische Provokationen darauf, diese Leistungsträger endgültig in eine Ecke zu drängen, in der sie als einzige Lösung nur noch einen Aufstand sehen. Wenn sie dann ihre Ressourcen einsetzen, dann richten sie deutlich mehr Schaden an als eine Horde Halbstarker mit Macheten. Im Ergebnis droht im Westen eine Art Dauerbürgerkrieg mit chaotischen Zuständen auf niedrigem zivilisatorischem Niveau. Am Ende schlägt womöglich wieder die Stunde eines neuen Napoleon oder Cromwell, der Ordnung verspricht und sich deshalb als Alleinherrscher durchsetzt. Und dieser neue Napoleon könnte dann UNO heißen, die als diktatorische Weltgovernance eine Art sozialistische Planwirtschaft durchsetzt. Klingt nach Phase 3 und Phase 4 der sowjetischen Langzeitstrategie. Mission completed.